

Nepalisches Schattenboxen

von Ram Pradhan

Acht Wochen nach der Übernahme der beschwerlichen Regierungsgeschäfte ist von der radikalen Haltung des ersten kommunistischen Regimes in der Geschichte Nepals nicht viel zu merken. Der öffentliche Druck auf die Minderheitenregierung der 'Communist Party of Nepal-United Marxist Leninist' (CPN-UML), ihre Wahlversprechen einzulösen, wächst langsam. Vor dem Hintergrund der herrschenden Armut Nepals und den übersteigerten Erwartungen der Bevölkerung, kann die Regierung nur auf die Geduld der Nepalesen hoffen, um die Verwaltung umzugestalten und die Voraussetzungen für die angekündigten Reformen zu schaffen. Einige wenige Neuerungen wurden in die Wege geleitet, darunter ein Ergänzungshaushalt, der vor allem das 'Build Your Village Yourself'-Programm betont. Doch wenig wurde bisher zur Verbesserung der Lebenssituation der breiten Bevölkerungsmehrheit unternommen, deren Kaufkraft auch nach dem Regierungswechsel weiter sank.

ARUN III

Kaum hatte die CPN-UML die Macht übernommen, sorgte das umstrittene Wasserkraftwerk Arun III für zusätzliche Schwierigkeiten. Die Kritiker der neuen Machthaber verbreiteten Gerüchte, daß die Geldgeber für das Projekt zögerten (darunter Deutschland), dem "roten Regime aus der Klemme zu helfen" und Überlegungen anstellten, sich aus dem Projekt zurückzuziehen, falls die Regierung nicht den Fortbestand der Liberalisierung der Wirtschaft und des Mehrparteiensystem garantiere. Sich ihrer schwierigen Lage bewußt, gab die Regierung eine solche Garantie und unterbreitete Vorschläge zur Reduzierung der Kosten des Projektes. Zur Zeit befindet sich der Staatsminister für Wasserressourcen, Hari Pandey, in Washington, um die Weltbank davon zu überzeugen, daß die Kosten des auf mehr als eine Milliarde US-Dollar geschätzten Projektes deutlich gesenkt werden können.

Die Verzögerung bei der Implementierung des Projektes veranlaßte Joe Manickavasagam, Weltbankrepräsentant in Nepal, zu der Bemerkung, die Welt könne nicht darauf warten, daß Nepal sich entscheidet. "Sollte Nepal sich ent-

scheiden, das Projekt zu stoppen - warum nicht? Doch das kann weitreichende Folgen haben. Die Geldgeber würden ihr Vertrauen in Nepals Entscheidung, seine wertvollste Ressource zu nutzen, verlieren". Vor seiner Abreise bekräftigte Minister Pandey, daß man an dem Projekt festhalten wolle. Ziel sei es jedoch, die Projektkosten und damit die Schuldenbelastung zu senken um dadurch den Strom zu einem niedrigeren Preis anzubieten.

Neue Politik gegenüber Indien?

Am 6. Februar begann ein fünftägiger Staatsbesuch Indiens des stellvertretenden Premierministers, Madhav Kumar, dem Außen- und Verteidigungsministerium unterstellt sind. Politische Beobachter messen diesem Staatsbesuch entscheidende Bedeutung für die Zukunft der Regierung bei. Die im Vergleich mit der Vorgängerregierung als nationalistischer geltende CPI-UML muß beweisen, daß sie in Verhandlungen mit Indien die nepalischen Interessen stärker vertritt, als dies der 'Nepali Congress' getan hat. Der Besuch dient der Vorbereitung des für März geplanten Staatsbesuches von Premierminister Adhikari in Indien und wird von beiden Seiten als Zeichen des 'guten Willens' bezeichnet. Beobachter rechnen damit, daß Nepal eine Neufassung des 1950 unterzeichneten Freundschaftsvertrages mit Indien anstrebt und über die Arbeitsgenehmigungen für Inder sowie die offene Grenze zwischen beiden Ländern verhandeln will.

Nach dem Arbeitserlaubnissystem für Inder in Nepal gefragt, gab Madhav Kumar die ausweichende Antwort, zuerst müsse man sich um die Ausgabe von 'citizenship-certificates' an die eigene Bevölkerung bemühen und danach könne man erst über die Ausstellung von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer (Inder) in Nepal diskutieren. Es wird geschätzt, daß bisher nur etwa sieben bis acht Millionen der insgesamt 20 Millionen Nepalesen ihre Staatsbürgerurkunde erhalten haben.

Dagegen scheint Indien vor allem an Verhandlungen über die Nutzung von Wasserressourcen interessiert zu sein. Während der große Nachbar offenbar auf bilateralen Nutzungsformen besteht, tendiert Nepal zunehmend zu multilateralen

Formen und Abkommen.

Die Auffassungen beider Länder über Sicherheitsfragen divergieren in vielen Punkten und Beobachter erwarten, daß Indien Druck auf Nepal ausüben wird, die Aktivitäten des pakistanischen Geheimdienstes ISI und anderer 'anti-indischer' Gruppen in Nepal zur Kenntnis zu nehmen.

Eigene Leute in Schlüsselpositionen

Obwohl sie bei ihrem Amtsantritt versprochen hatte, daß niemand aufgrund ideologischer Differenzen Nachteile zu erleiden habe, hat die Regierung damit begonnen, gesellschaftliche Schlüsselpositionen mit ihren eigenen Gefolgsleuten zu besetzen. So wurden zum Beispiel der Vorsitzende der Zentralbank Nepals ('Rastra Bank'), Hari Shanker, und der Vizekanzler der 'Tribhuvan University', Kedar Bhakta Mathema, aufgefordert, 'freiwillig' ihre Posten aufzugeben, da sie der neuen Regierung erhebliches 'Unbehagen' bereiteten.

Noch keine wirkliche Opposition

Die Parlamentsperiode geht ohne wesentliche Änderungen der politischen Agenda zu Ende. Die Hauptoppositionsparteien, 'Nepali Congress' und 'Rastriya Prajantra Party', auf deren Unterstützung die Minderheitenregierung angewiesen ist, gehen mit der neuen Regierung noch recht sanft um und vermeiden ernsthafte Konflikte. Keine der wichtigen Parteien in Nepal ist derzeit offensichtlich an Neuwahlen interessiert. Doch dies könnte sich ändern, gehen viele politische Beobachter doch davon aus, daß die Regierung in absehbarer Zeit selbst an vorzeitigen Neuwahlen interessiert sein könnte. In diesem Fall würde sie die Übergangsregierung bilden und darauf hoffen, durch ihre organisatorische Stärke bei den dann anstehenden Neuwahlen zu einer klaren Mehrheit zu gelangen und so gestärkt zu werden. Die Verfassung sieht Neuwahlen innerhalb von sechs Monaten vor, wenn eine Regierung durch ein Mißtrauensvotum ihrer Pflichten entbunden wird oder zurücktritt. Es ist durchaus möglich, daß Nepal Anfang 1996 einen neuen Wahlkampf und alles was damit verbunden ist, erleben könnte.